

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

16.3.1890 (No. 74)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 16. März.

№ 74.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890.
Einkaufsgebühren: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 9. März d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem königlich preussischen General der Infanterie von Oypeln-Bronikowski, Gouverneur von Mek, das Großkreuz Höchstes Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 15. März.

Heute Nachmittag ist in Berlin die Internationale Arbeiterschulungskonferenz zusammengetreten. Der Eröffnungsakt vollzog sich um 2 Uhr im Kongresssaal des Reichstanzlerpalais, wo der Handelsminister Freiherr v. Berlepsch die Delegirten im Namen Seiner Majestät des Kaisers begrüßte und den Zweck der Konferenz darlegte. Die Presse begrüßt den Zusammenritt der Konferenz mit warmen Worten. Ein Telegramm aus Berlin meldet uns über Äußerungen dortiger Blätter: Die „Nationalzeitung“ schreibt, es sei ein erfreuliches Schauspiel, die Staaten eines in Waffen starrenden Welttheils zusammenzutreten zu sehen, nicht um über Machtfragen, welche die Völker von einander trennen, sondern um eine Kulturfrage zu beraten, welche sie an die Nothwendigkeit des Friedens und des Zusammenwirkens gemahnen muß. Das „Berliner Tageblatt“ hebt die weise Beschränkung bei der Aufstellung des Programms hervor; die Konferenz sei der erste Schritt zur Verständigung der Kulturvölker auf einem der schwierigsten Gebiete des sozialen Lebens. Dieser ersten Konferenz würden, wenn sie nicht ganz resultatlos verlaufe, andere folgen. Auch die „Staatsbürgerzeitung“ begrüßt die Konferenz, die, wenn sie erfolgreich sei, den Beginn einer neuen unblutigen sozialen Reform bilden werde. Die „Postische Zeitung“ sagt, worin immer die Ergebnisse der Konferenz bestehen mögen, von einem Scheitern des Versuches werde unter keinen Umständen gesprochen werden können. Auch im ungünstigsten Falle müsse das Unternehmen ein Lichtpunkt in der Geschichte der modernen Sozialpolitik bleiben und Keime legen, die früher oder später zum Besten des sozialen Friedens aufgehen müssen. Die „Börsezeitung“ führt aus, wenn der großartige Plan des Kaisers mit demselben Eifer von den beteiligten Kabinetten fortgeführt wird, wie er aufgegriffen wurde, so werde den Erdball ein Band des Friedens umschlingen, haltbarer als das stärkste, welches jemals die Diplomatie der alten Schule geknüpft hat.

Man nahm an, daß die heutige erste Sitzung durch die an die Eröffnungsrede des Staatsministers v. Berlepsch sich anschließenden Formalitäten, die Bestätigung der Delegirtenmandate, die Ernennung des Sekretärs und Feststellung der Geschäftsordnung ausgefüllt werden würde. Die Sitzungen der Konferenz dürften im Allgemeinen Vormittags um 10 oder 11 Uhr beginnen. Ueber ihren Verlauf werden ausführlichere Meldungen aber während der Konferenzdauer scheinlich in die Oeffentlichkeit dringen; wahrscheinlich nimmt die Konferenz das bei vielen Konferenzen angewandte Reglement an, welches u. A. auch vorschreibt, daß während der Dauer der Konferenz über die Verhandlungen nichts veröffentlicht wird.

Der Präsident der französischen Republik hat gestern Abend den Ministern für die während der Ausstellung und der Wahlen dem Lande geleisteten Dienste gedankt und sie gebeten, die Geschäfte so lange weiter zu führen, bis ihre Nachfolger ernannt sein würden. Gelingt Herrn v. Freycinet die Neubildung des Kabinetts, so würde diese Uebergangszeit nur von kurzer Dauer sein. Herr v. Freycinet ist dem Präsidenten der Republik als Ministerpräsident namentlich von Floquet empfohlen worden, der in seiner Unterredung mit Herrn Carnot darauf hinwies, daß ein Ministerium Freycinet-Constans-Bourgeois von der Kammer am günstigsten aufgenommen werden würde. Es wäre dies ein Veröhnungsministerium, ein Ministerium der „concentration républicaine“, und in dieser Richtung bewegen sich auch Freycinets eigene Absichten. Herr v. Freycinet beabsichtigt, nach den heute vorliegenden Depeschen, Bourgeois, Rouvier und Yves Guyot zu behalten, und durch Constans, Jules Roche, Develle und Etienne das neue Kabinet zu vervollständigen. Die „Republique française“ schreibt heute: Das Ministerium Tirard habe es nicht verstanden, die Leitung der republikanischen Mehrheit in die Hand zu nehmen. Nachdem durch die Rede Spullers über die Berliner Konferenz die Ehre gerettet worden war, habe Tirard die erste Gelegenheit ergriffen, abzutreten. Das „Journal des Débats“ nennt die vorgestrichene Abstimmung

des Senats einen schweren Fehler und stimmt in dieser Ansicht mit dem „Temp“ überein, welcher den Senat beschuldigt, er habe aus blindem protektionistischen Interesse den Handel und die Stellung Frankreichs in der Levante geschädigt und eine Ministerkrise angefügt der bevorstehenden Anleihe heraufbeschworen. Das „Journal des Débats“ spricht die Hoffnung aus, Präsident Carnot werde der Kammer ein Kabinet geben, welches fähig ist, diese zu leiten, und welches wisse, wohin es das Land führe.

Auf der heute in Berlin eröffneten Internationalen Arbeiterschulungskonferenz sind außer Deutschland folgende Staaten vertreten:

Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Schweden und Norwegen, die Schweiz und Spanien. Die Namen der Delegirten Deutschlands haben wir gestern aufgeführt. Als Delegirte der übrigen Staaten werden der Konferenz beizuwohnen: seitens Belgiens Baron Greindl, Staatsminister Jacobs, Direktor im Ministerium für Landwirtschaft Harzé und als Beirath Baron Arnoldt; seitens Frankreichs: Jules Simon, Senator und Mitglied der französischen Akademie, der Senator Tolain, das Mitglied der Deputirtenkammer Burdeau, der Generalinspektor und Präsident des Oberminerals Rinder, der Mechaniker Delahaye und als Beirath der erste Botschaftssekretär bei der Berliner Botschaft Dumaine; als technische Beiräthe sind diesen Delegirten beigegeben: der Gewerbeinspektor Lavolette, der Generalinspektor Jaquet, der Kabinetschef des Senatspräsidenten, Lebon, und der Ingenieur Belle; seitens Italiens der Senator Gerolamo Boccardo, der Deputirte Vittorio Elena und der Generaldirektor der Statistik, Luigi Bobio, als Beiräthe der Abtheilung des Finanzministeriums, Stringher, und der Professor Maiorano Calatiano; seitens Luxemburgs: Dr. J. A. Bassac; seitens der Niederlande: der Berliner Gesandte Jonker van der Hoeven, der Ministerialrath im Justizministerium Snijders von Bissenkerke sowie der Arbeitsinspektor Strube; seitens Oesterreich-Ungarns, und zwar österreichischerseits: für das Handelsministerium Ministerialrath Bela Frh. v. Weigelsperg und der Centralgewerbeinspektor Ministerialrath Dr. Franz Nigler, für das Ackerbauministerium Ministerialsekretär Dr. Ludwig Haberer, für das Ministerium des Innern August Frh. v. Bappart-Leenheer; ungarischerseits Ministerialrath Dr. Julius Schnierer, Ministerialrath Bela Gränzenstein als Bergbauinspektor, sowie der Industrieminister Josef Szterényi; seitens Portugals: wahrscheinlich der Berliner Gesandte Marquis de Penafiel; seitens Schwedens-Norwegens: das Mitglied der Ersten Kammer v. Tham und der Generalsekretär im Ministerium des Innern zu Christiania, Eduard Christie, zur Disposition dieser beiden Bevollmächtigten Ministerialsekretär Graf Wrangel; seitens der Schweiz: der Landammann Blumer und der erste Sekretär des eidgenössischen Departements für Industrie, Dr. Kaufmann. Die Namen der Vertreter Spaniens sind bis jetzt noch nicht bekannt gegeben, da, wie schon gestern erwähnt, der Minister des Auswärtigen durch Krankheit verhindert war, die Delegirten zu bestimmen. Der Herzog von Almodovar del Rio, dem die Ernennung zum spanischen Delegirten angeboten worden war, hat dankend abgelehnt.

Wochen-Rundschau.

Der erste Tag in dieser Woche war der Erinnerung an den Begründer des Deutschen Reiches gewidmet; es war der Todestag Kaiser Wilhelms I. und die Kaiserlichen Majestäten vereinigten sich mit den Großherzoglich Badischen Herrschaften und den anderen zu der Feier nach Berlin gekommenen fürstlichen Gästen sowie den Mitgliedern des königlichen Hauses am Sonntag Mittag zur Weihe des erweiterten Mausoleums in Charlottenburg. Bei der ersten Feier hielt der Oberhofprediger Kögel die Weiserebe, indem er der beiden im Mausoleum ruhenden Herrscherpaare und ihrer Zeit gedachte. Am Abend desselben Tages fand in der Singakademie zum Andenken an die Kaiserin Augusta eine feierliche Versammlung aller Vorstände der Vereine und Stiftungen statt, die unter dem besonderen Schutze der Kaiserin Augusta gestanden hatten. Auch dieser Erinnerungsfest, bei welcher der Kabinettsrath der Kaiserin, Freiherr von dem Knebeck, in einem Lebensbilde der heimgegangenen Kaiserin deren hervorragende Eigenschaften und besonders ihren unerhöplichen Wohlthätigkeitssinn feierte, wohnten die Kaiserlichen Majestäten und der Großherzog und die Großherzogin bei. Am Montag wurde der Geburtstag des Czaren, am Mittwoch der Geburtstag des Prinz-Regenten von Bayern durch eine größere Galafest bei den Kaiserlichen Majestäten gefeiert. Als das wichtigste Ereigniß in der heute ablaufenden Woche darf wohl der Zusammenritt der Internationalen

Arbeiterschulungskonferenz in Berlin bezeichnet werden. Die Konferenz wurde heute Nachmittag um 2 Uhr im Reichstanzlerpalais eröffnet. Am Montag dürften sodann die eigentlichen Verhandlungen beginnen, für welche man eine Dauer von vierzehn Tagen in Aussicht nimmt. Außer Deutschland sind an der Konferenz vierzehn europäische Staaten betheiligt.

Der Bundesrath hielt am Donnerstag eine Plenarsitzung ab, auf deren Tagesordnung eine Vorlage über den zollfreien Einlaß rohgeschchnittener Hölzer und Fourniere zur Verwendung beim Bau von Seeschiffen, ferner ein Antrag auf Abänderung des Eisenbahn-Betriebsreglements sowie der Entwurf eines Gesetzes für Elaf-Lothringen über die Einrichtung von Grundbüchern stand. Außerdem faßte der Bundesrath über Anträge der Ausschüsse für Hölle und Steuern und für Handel und Verkehr Beschlüsse.

Die badischen Landstände verwendeten die letzte Woche vorzugsweise zur Förderung ihrer Arbeiten in den Kommissionen, um Verhandlungsstoff für die Plenarberatungen zu schaffen. Die letzteren hatten sich meist mit Erledigung von Petitionen zu befassen. Gesekentwürfe hatte nur die Erste Kammer auf der Tagesordnung. Zwei derselben, derjenige betreffend das Recht der Ausübung der Fischerei, und jener betreffend die Vorzugs- und Unterpfandsrechte, beschäftigten das Haus zum zweiten Male, da von der Zweiten Kammer einige Aenderungen beschloffen worden waren, und fanden ihre Erledigung, indem das Haus diesen Aenderungen beirat. Der Gesekentwurf wegen Erbauung einer Nebenbahn von Gernsbach nach Weisenbach fand unveränderte Annahme.

Der ungarische Ministerpräsident Tisza hat am Mittwoch in formeller Weise seine Entlassung gegeben, die vom Kaiser angenommen ward. Am nächsten Montag wird das von dem bisherigen Ackerbauminister Grafen Szapary gebildete neue Kabinet sich dem Reichstage vorstellen. Alle Minister mit Ausnahme des Grafen Teleki, des bisherigen Ministers des Innern, der aus persönlichen Gründen aus dem Amte zu scheiden wünschte, treten in das neue Kabinet über; unter diesen Umständen beschränkt das neue Element in dem Kabinet Szapary sich auf einen einzigen Mann, den Grafen Bethlen, welcher an Stelle Szapary's das Ackerbauministerium übernimmt, während die Führung des Ministeriums des Innern von Teleki auf den nunmehrigen Kabinettschef Szapary übergeht. Dem Kabinet Szapary ist die volle und kräftige Unterstützung der liberalen Partei gesichert, insbesondere auch die persönliche Unterstützung Tisza's, dessen Stellung zu seinem Amtsnachfolger durch bestimmte und aus Tisza's eigener Initiative hervorgegangene Erklärung völlig geklärt worden ist.

Ein am vorigen Samstag in der italienischen Deputirtenkammer entstandener Konflikt zwischen dem Ministerpräsidenten Crispi und dem Kammerpräsidenten Biancheri ist durch die Vermittlung des Königs beigelegt worden. Herr Crispi hatte sich in heftigem Tone über den Kammerpräsidenten beschwert, der ihn gegenüber den persönlichen Angriffen des irredentistischen Abgeordneten Imbriani nicht hinreichend geschützt habe, und erklärt, daß er nicht mehr in der Kammer erscheinen werde, so lange Biancheri das Präsidium führe. Die fortbauenden persönlichen Gehässigkeiten der Irredentisten konnten wohl auch einen an parlamentarische Kämpfe so gewöhnten Mann wie Crispi schließlich zu einer Zornesauswallung reizen; wenn Crispi indessen Grund gehabt hat, sich über ein zu wenig energisches Vorgehen des Kammerpräsidenten zu beklagen, so wollte er diesen doch nicht von seinem seit zehn Jahren mit Ehren behaupteten Sitze verdrängen; in der Montagsitzung ersuchte er die Kammer, als deren Vizepräsident di Rudini mittheilte, daß Biancheri seine Entlassung eingereicht habe, die Demission nicht anzunehmen, was dann auch einstimmig beschloffen wurde. Der Kammerpräsident erklärte sich hierauf bereit, von seiner Demission abzusehen, und führt wieder den Vorsitz. Wenn der somit glücklich gelöste Zwischenfall überhaupt eine Folge hat, so wird dieselbe in einer Aenderung der Geschäftsordnung bestehen, da sich zeigt, daß die bisherige dem Vorsitzenden nicht die nöthigen Mittel an die Hand gibt, um bedenklichen Ausschreitungen der Redefreiheit vorzubeugen.

In Paris ist in den letzten Tagen infolge einer dem Ministerpräsidenten ungünstigen Senatsabstimmung in Bezug auf die französisch-türkischen Handelsbeziehungen eine Kabinettskrise ausgebrochen; Herr Tirard überbrachte gestern dem Präsidenten der Republik das Entlassungsgesuch der Minister. Der Präsident nahm die Entlassung unter Worten der Anerkennung für die von den Ministern dem Lande geleisteten Dienste entgegen und beauftragte das Kabinet, die Geschäfte fortzuführen,

bis das neue Kabinett ernannt sein werde. Unter den als Chef des neuen Kabinetts in Aussicht genommenen Persönlichkeiten scheint einstweilen der Kriegsminister Freycinet im Vordergrund zu stehen. Bei den am vorigen Sonntag stattgehabten Nachwahlen zur Deputiertenkammer haben die Republikaner sich nur in einem Wahlkreis, in Fontenay-le-Comte, vom Glück begünstigt; in Orléans und Chinon wurden die von der Kammer wegen angeblicher Wahlbeeinflussung invalider Mitglieder der konservativen Partei wiedergewählt und in den beiden Toulouser Wahlkreisen muß ein zweiter Wahlgang stattfinden, bei denen es sich um die Entscheidung zwischen einem Konservativen und einem sozialistischen Radikalen resp. zwischen einem Boulangisten und einem sozialistischen Kandidaten handelt.

Im englischen Unterhause ist die Erörterung über den Bericht des Parnell-Ausschusses in dieser Woche zu Ende gebracht worden. Das Endergebnis der langen Debatten besteht darin, daß dem Regierungsantrage gemäß mit einem Dank für das gerechte und unparteiische Verhalten der drei Ausschußmitglieder der Bericht der Parnellkommission in das Journal des Hauses eingetragen wird und damit in den Archiven verschwindet. Alle Gegenanträge wurden abgelehnt. Wenn die Parteigänger Gladstone's die Hoffnung gehegt haben, bei Gelegenheit des achtstägigen Redetampfes eine Gelegenheit zu finden, um gegen die Regierung einen empfindlichen Streich zu führen, so wurden sie in dieser Hinsicht enttäuscht. Im Uebrigen trat mit unverkennbarer Deutlichkeit die Thatsache zu Tage, daß selbst im oppositionellen Lager ein Widerwillen gegen die immer erneute Erörterung des irischen Problems, die das Haus an der Erledigung der vorliegenden Geschäfte verhindert, vorhanden ist und daß man auf die irische Frage nur deshalb stets von neuem zurückkommt, weil auf den anderen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung die Regierungspolitik zu keinem ernstlichen Angriffe Veranlassung bietet.

Deutschland.

* Berlin, 14. März. Am heutigen Vormittage wohnte Seine Majestät der Kaiser einer Truppenübung hiesiger Garderegimenter im Westen von Berlin bei, wohin Allerhöchstberieselbe sich zu Pferde begeben hatte.

Für den kommenden Sonntag, an welchem in Gegenwart des Kaiserpaars, der Kaiserin Friedrich und der Prinzessinnen-Töchter, sowie zahlreicher anderer Fürstlichkeiten die Einweihung der Garnisonkirche in Spandau stattfindet, werden zur Ausschmückung der Stadt große Vorbereitungen getroffen. Das Militär, das Personal der technischen Institute mit den Fahnen und Emblemen sowie Kriegervereine werden in den Straßen vom Bahnhof bis zur Kirche Spalier bilden. Von der Gewerfabrik ist ein Festzug geplant, welcher durch Mitführung der alterthümlichen Gewerbszeichen, durch sinnreiche Anordnung alter Waffen u. s. w. besonders wirksam zu werden verspricht. Es wird auch ein Besuch der fürstlichen Gäste in der alterthümlichen Nikolaikirche erwartet, in welcher Kurfürst Joachim II., dessen Denkmal vor dem Eingang des Gotteshauses steht, das Abendmahl in beiderlei Gestalt zum erstenmal nahm.

Der Sultan von Lahore wird, wie man der „Kreuzzeitung“ meldet, Mitte April in Berlin zum Besuch des kaiserlichen Hofes eintreffen. Der Sultan, der durch eine mehrmonatliche Kur in Karlsbad seine Gesundheit wieder hergestellt hat und gegenwärtig in Frankfurt a. M. verweilt, wird in den nächsten Tagen von dort nach London reisen, um der Königin von Großbritannien einen Besuch abzustatten, und darauf Berlin und Wien besuchen, um sodann über Italien nach seinem Sultanat in Indien zurückzukehren. (Wie man sich erinnern wird, war Prinz Heinrich von Preußen auf seiner Reise um die Erde mehrere Tage Gast am Hofe des Sultans von Lahore, wohin er von Singapur aus einen Ausflug gemacht hatte.)

Der Major v. Billau, vom Militärkabinett, ist gestern aus Petersburg, wohin er sich zu seinem schwer erkrankten Bruder begeben hatte, hier wieder eingetroffen. Sein Bruder, Oberst v. Billau, ist nun außer Lebensgefahr; eine Operation ist nicht notwendig gewesen.

Die „Köln. Zeitung“ meldet, daß der Abgeordnete Dr. Windthorst vorgestern dem Reichskanzler einen längeren Besuch abgestattet habe. Von anderen Zeitungen wird diese Thatsache bestätigt; was aber in einigen Blättern über den Inhalt des Gesprächs zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn Windthorst gesagt ist, beruht offenbar auf purer Vermuthung.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. März. Am nächsten Sonntag sollen die Mitglieder des neuen ungarischen Kabinetts dem Kaiser den Eid leisten; der Kaiser hat mit Rücksicht auf die Eidesleistung der neuen Minister seine Rückkehr nach Wien bis Sonntag aufgeschoben. Der Monarch wird nun am Montag früh aus Pest hier eintreffen. Mit Rücksicht darauf, daß die Ankunft des Kaisers in Wien in wenigen Tagen bevorsteht, hat der Kardinal-Fürstbischof Graf Schönborn seine ursprünglich beabsichtigte Reise an das kaiserliche Hoflager in Pest aufgegeben. Der vom Grafen Schönborn in der Schulkommission des Herrenhauses verlesene Erklärung der österreichischen Bischöfe (die wir in voriger Nummer dieses Blattes mittheilten) widmet das Wiener „Fremdenblatt“ heute eine längere Betrachtung. Das „Fremdenblatt“ sagt dabei: „Der Episkopat kann sich schwerlich auf einen anderen Standpunkt stellen, als den der Rückforderung all dessen, was er als die Rechte der Kirche ansieht. Die Kirche behauptet, den Anspruch auf die gesammte Erziehung des Volkes zu haben, und der Episkopat wollte

ihren Rechten nicht vorgehen, noch auf eines derselben verzichten. Daraus allein würde sich jene Kundgebung erklären, welche wohl mit den steten Ansprüchen der Kirche im Einklange, aber im Mißverhältnisse zur herrschenden politischen Situation steht. Verlangen doch die Bischöfe nichts anderes, als die Demolirung der ganzen geltenden Schulordnung, um auf den Trümmern derselben ein kirchliches Schulregime aufzurichten. Die Volksschule soll streng konfessionell werden, der Lehrer in Abhängigkeit von den kirchlichen Organen gebracht, die staatliche Aufsicht über die Volksschule in Wirklichkeit gänzlich eliminiert werden. Wir stehen nicht an, in der offenen, ungeschminkten Darlegung ihres Standpunktes seitens der Bischöfe einen Akt der Ehrlichkeit und der politischen Loyalität anzuerkennen. Dieses Auftreten scheint uns hoch über all jene kirchlichen Anträge zu stehen, welche dasselbe Ziel unter allerlei Verkleidungen und auf Umwegen zu erschleichen suchen. Aber bei aller Billigung des loyalen Vorgehens darf doch keinen Augenblick lang an die Möglichkeit gedacht werden, die Volksschule könnte in Oesterreich je nach dem Wunsche des Episkopats dem Staate wieder entzogen werden, als könnte je auf jene Erziehungseigenschaften, das Ziel unserer Gesetzgebung, verzichtet werden. Nein, man braucht eine ähnliche Eventualität ernsthaft gar nicht in Betracht zu ziehen und wir können in der Erklärung des Episkopats nichts als eine prinzipielle Festhaltung an den kirchlichen Ansprüchen erblicken, denen der Staat wohl mit gleicher Zähigkeit seine Rechte stets entgegenstellen wird.“

Italien.

Rom, 14. März. König Humbert feiert heute sein Geburtsfest und alle Kreise der Bevölkerung weihen sich in dem Bestreben, ihre Verehrung und treue Anhänglichkeit an den Monarchen kund zu geben. Namentlich auf der Fahrt zum Paradeplatz, wo der König heute eine Truppenparade über die hiesige Garnison abhielt, wurden die Majestäten von den auf dem Wege dichtgedrängt stehenden Volksmengen mit begeisterten Zurufen begrüßt. Nach der Rückkehr von der Parade zeigte der König sich auf dem Balkon des Quirinals, um der vor dem Palaste versammelten Menge für ihre patriotischen Kundgebungen zu danken.

Frankreich.

Paris, 14. März. Der Präsident der Republik hatte heute Beratungen mit den Präsidenten des Senats und der Kammer, um die Ansichten derselben über die durch das vorgelegte Senatsvotum und die Demission der Minister geschaffene Lage zu hören. Es sind verschiedene Meldungen über die Lösung der ministeriellen Krisis in Umlauf. Neben Freycinet werden auch Rouvier und Melin als künftiger Ministerpräsident genannt; es scheint aber, daß zunächst Freycinet mit der Bildung des Kabinetts betraut werden und erst, wenn er den Auftrag ablehnen oder nicht im Stande sein sollte, ihn auszuführen, der Präsident der Republik sich an Rouvier oder einen anderen Politiker wenden wird.

Dänemark.

Kopenhagen, 14. März. Der Ausschuß des Landstings für die Vorlage, welche die Errichtung eines Freihafens für Kopenhagen in Aussicht nimmt, hat der Vorlage mit der Begründung zugestimmt, daß dieselbe eine wirksame Stütze des Handels und der Seefahrt bilde. Zugleich hat der Ausschuß genehmigt, daß Anlage und Betrieb einer Aktiengesellschaft übertragen werden. Er empfiehlt die baldige Aufhebung der Hafengebühren.

Großbritannien.

London, 14. März. Im Unterhause erklärte Sir James Ferguson, daß die Wählungen der englischen Vertreter auf der Berliner Konferenz durchaus der Antwort an die deutsche Regierung (wie sie in dem letzten an das Parlament gelangten Schriftwechsel mitgeteilt worden ist) entsprächen. — Bei der heutigen Erziehung in Stoke upon the Trent ist der Gladstoneaner Gower mit 4157 gegen den Unionisten Allan (2926 Stimmen) gewählt worden. Die Wahl fand zum Erstaunen des Abgeordneten Arthur Bright statt, der sein Mandat niedergelegt hat. Die Gladstoneaner bleiben somit in dem Besitze des Mandats, das ihnen übrigens auch von den Unionisten nicht ernstlich streitig gemacht werden konnte. — Morgen läuft die von den Grubenarbeitern gestellte Frist für eine Annahme ihrer Forderungen ab und da die Grubenbesitzer diese Forderungen nicht angenommen haben, soll morgen der allgemeine Ausstand beginnen. Aus Sheffield wird gemeldet, daß bereits heute sechzigtausend Bergarbeiter feiern. Ferner haben in Liverpool fünfzigtausend Doctarbeiter die Arbeit eingestellt. Es ist dort bereits zu Ausschreitungen gekommen, indem mehrere Leute, die keinem Gewerkvereine angehören, von den Streikenden angegriffen worden. Es sind bis jetzt etwa zweihundert Arbeiter hier angekommen, die keinem Gewerkverein angehören und die Streikenden zu erregen, und ihr Erscheinen hat die Aufregung unter den Streikenden gesteigert. Die Garnison ist, um etwaigen Unruhestörungen wirksam entgegenzutreten zu können, verstärkt worden.

Bulgarien.

Sofia, 14. März. Prinz Ferdinand hat dem Ministerpräsidenten Stambuloff die goldene Verdienstmedaille und dem Kriegsminister Mutkuroff dieselbe Medaille in Silber verliehen. Da das Schreiben, mit welchem der Prinz die Ueberreicherung der Medaille an Stambuloff begleitete, bezeichnend für das Verhältnis des Prinzen zu dem gegenwärtigen Ministerium ist, so mag es hier mitgeteilt sein; es lautet nach der „Svoboda“ folgendermaßen: „Ihre unerwüthlichen und nützlichen Bestrebungen zur Organisirung des Fortschrittes unseres Vaterlandes sind von ausgezeichnetem Erfolge

begleitet. Sie haben es nicht erst seit Meiner Thronbesteigung unternommen, mit Muth und Eifer für den materiellen und moralischen Aufschwung des Landes zu arbeiten, sondern Ihre Energie hat dies schon begonnen in weit zurückliegender Zeit, als noch Alles sich dem Fortschritte unseres vielgeliebten Vaterlandes widersetzte. Sie haben stets diese patriotischen Gefühle bewiesen, welche Sie auch fortwährend in Ihrer politischen Laufbahn begleitet haben. Wir haben Ihnen zu wiederholtenmalen unsere tiefe Dankbarkeit und Erkenntlichkeit bewiesen. Um Ihnen heute, wo Unser ergebenes Volk das Geburtsfest seines Souveräns feiert, noch ein neues Zeichen Unseres hohen Wohlwollens gegen Sie zu geben, verleihen Wir Ihnen die goldene Verdienstmedaille, welche Wir Sie bitten, als Zeichen Unserer unbegrenzten Liebe zu tragen.“

Serbien.

Belgrad, 14. März. Anlässlich des heutigen Geburtstags des Königs Humbert empfing der Kronprinz von Italien die Besuche des Königs und der Regenten, welche er erwiderte.

Türkei.

Konstantinopel, 14. März. Schafir Pascha ist von seiner Inspektionsreise nach Cana zurückgekehrt. Er legte eine gemischte Kommission zur Vertheilung von Unterstützungen ein und ordnete im Dorfe Bulolics die Freilassung von sieben ungerechtfertigter Weise verhafteten Christen an.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 15. März. 9. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer vom 14. ds. Mts. (Fortsetzung aus der heutigen Beilage.)

Frhr. v. Göler ist erfreut, durch seine einleitende Bemerkung eine eingehende Diskussion über diesen hochwichtigen Gegenstand angeregt zu haben. Auch er möchte die Dienstbotenfrage nicht von der sozialen Frage überhaupt trennen. Trotdem könne jetzt schon an die Regelung der Dienstbotenfrage gegangen werden, da die soziale Frage in der allerneuesten Zeit in hohem Maße in Fluß gekommen sei. Jetzt scheine ihm der Moment gekommen zu sein, das zu erhalten, was erhalten werden könne.

Die Exemplifikation eines der Herren Vorredner auf die nordamerikanischen Verhältnisse scheint ihm nicht zutreffend. Nach unseren Verhältnissen könne vielmehr — und hierin müsse er dem Herrn Prälaten vollständig beistimmen — durch eine zweckmäßige Dienstbotengesetzgebung auf die jugendlichen Dienstboten ein heilsamer Einfluß ausgeübt werden, und zwar schon durch das bloße Vorhandensein solcher Gesetze, da nach den Anschauungen dieser Volksschichten eben alles für erlaubt gelte, was nicht direkt durch das Gesetz verboten sei.

Von eingehenden Erhebungen in denjenigen Ländern, welche bereits solche Strafvorschriften besitzen, könne sich Redner einen großen Erfolg nicht versprechen; denn es lasse sich jedenfalls nicht feststellen, in wieviel das Vorhandensein eines solchen Gesetzes es den Dienstverhältnissen ermöglichte, in sittlicher Beziehung auf die Dienstboten einzuwirken.

Redner hebt wiederholt hervor, daß infolge der jetzigen Dienstbotengesetzgebung namentlich auf dem Lande Mißstände herrschten, die polizeiliche Vorschriften dringend nothwendig erscheinen ließen.

Geheimerath Dr. v. Holtz sieht sich veranlaßt, einigen Aeußerungen der Herren Vorredner entgegenzutreten. Wenn der Herr Prälat Doll das allgemeine Prinzip aufgestellt habe, daß die öffentliche Meinung ein Produkt der bestehenden Gesetze sei, so sei dies zwar richtig, ebenso richtig sei aber auch, daß die öffentliche Meinung auf den Gang der Gesetzgebung einen gewichtigen Einfluß ausübe. Es beständen eben hier Wechselwirkungen. Den Ausführungen des Herrn Prälaten bezüglich der landwirthschaftlichen Dienstboten liege offenbar eine mißverständliche Auffassung seiner vorigen Aeußerung zu Grunde. Er habe keineswegs behauptet wollen, daß auf dem flachen Lande bei uns die Dienstboten in einem weniger engen Verhältnisse zur Herrschaft stünden als in den Städten. Vielmehr habe er nur auf die verschiedene wirthschaftliche Bedeutung des Dienstbotenverhältnisses auf dem Land und in der Stadt hingewiesen.

Sodann habe er keineswegs die Niederreißung aller bestehenden gesetzlichen Schranken bestritten, sondern nur hervorgehoben, daß die eingehende Prüfung, welche einem gesetzgeberischen Eingriff vorangehen müsse, auch diese Seite nicht außer Betracht lassen dürfe. Auch theile er durchaus die Ansicht, daß die Verhältnisse bei uns nicht ohne weiteres mit amerikanischen Verhältnissen verglichen werden könnten. Er habe deshalb auch keineswegs die pessimistische Anschauung, daß die von ihm vorhin berührte Entwicklung der Verhältnisse in Amerika, wo wegen Mangels an landwirthschaftlichen Arbeitern ganze Ortsgemeinden veröden, über kurz oder lang auch bei uns hereinbrechen würde. Doch müsse die Situation auch bei uns — selbst wenn man nicht pessimist sei — für eine hochernste und hochkritische erachtet werden, die es erfordere, daß die ganze Kraft und auch die sittlichen Potenzen der Nation angespannt werden. Er glaube aber, daß bei uns geistige und sittliche Potenzen zur Genüge vorhanden seien, um den drohenden Gefahren zu begegnen und der gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Doch könne er sich in dieser Beziehung nur von positiver Thätigkeit einen Erfolg versprechen, nicht aber von politischen Zwangsvorschriften. — Ob und wie den Wünschen der Petenten entsprochen werden könne, müsse daher zunächst dahingestellt bleiben und könne nur auf Grund sorgfältigster und umfassendster Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse entschieden werden. Er halte deshalb den Kommissionsantrag für gerechtfertigt.

